

Call for Papers:
Frühjahrstagung der DVPW-Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“
14.-16. März 2018, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Politische Stabilität

Ordnungsversprechen, Demokratiegefährdung, Kampfbegriff

Organisation: Prof. Dr. Grit Straßenberger (Bonn), Dr. Eva Marlene Hausteiner (Bonn), Dr. Felix Wassermann (Berlin)

Die Stabilität politischer Ordnungen wird derzeit vielerorts herausgefordert – nicht allein, aber gerade in Demokratien. Seit langem etablierte demokratische Ordnungen destabilisieren und transformieren sich. Jüngst demokratisierte Staaten stagnieren oder regredieren. Hoffnungsvoll gestartete demokratische Experimente wie die Europäische Union stehen am Rande der Desintegration. Diese Entwicklungen alarmieren nicht nur die politische Öffentlichkeit – sie fordern auch die Politikwissenschaft heraus.

Die Tagung „Politische Stabilität“ will hier politiktheoretisch ansetzen. Sie regt dazu an, über die (In-)Stabilität politischer Ordnungen neu nachzudenken. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen demokratischer Ordnungen widmet sie sich den Annahmen und Implikationen von Ideen politischer Stabilität in begrifflich-systematischer wie in ideenhistorischer Perspektive.

Die Bestimmung der Stabilisierungsleistung und der Stabilitätsbedingungen politischer und insbesondere demokratischer Ordnungen geht mit einer Reihe komplexer Teilprobleme einher: Worin besteht das stabilisierende Potenzial demokratischer Regime gegenüber konkurrierenden politischen Ordnungen? Unter welchen Voraussetzungen kann die Demokratie diese Stabilisierung leisten, und wann gerät umgekehrt Stabilität zu einer Gefahr für die Demokratie? Wodurch werden demokratische Ordnungen destabilisiert, also wann und warum können sie das ihnen demokratietheoretisch attestierte – oder auch demokratiekritisch bestrittene – ordnungspolitische Potenzial nicht entfalten?

Fragen wie diese verweisen auf das spannungsreiche – und umstrittene – Verhältnis von Stabilität, Ordnung und Demokratie. Die Tagung nähert sich diesem Thema vor dem Hintergrund des derzeit scheinbar besonders attraktiven Versprechens autoritärer Regime, Stabilität dauerhaft zu gewährleisten. So steht die liberale Demokratie jüngst verstärkt unter dem Verdacht, selbst ein destabilisierendes Regime – und für Destabilisierungsversuche anfällig – zu sein. Zu fragen ist daher insbesondere, ob und, wenn ja, unter welchen Bedingungen die Demokratie destabilisierend wirkt. Diese kritische Perspektive auf das ordnungspolitische Potenzial der Demokratie gilt es jedoch – unter Einbeziehung der temporalen Dimension des Politischen – selbst zu hinterfragen, und zwar im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen Stabilität und Fragilität: Kann die Demokratie gerade dadurch langfristig stabilisierend wirken, dass sie kurz- und mittelfristig politische Stabilität aufricht, ja Fragilität befördert?

Um das Verhältnis von Stabilität, Ordnung und Demokratie angemessen zu erfassen, erscheint eine weite ideengeschichtliche und historische

Betrachtungsweise erforderlich. Komplementär zu normativen Überlegungen und in reflektierter Distanz zu „aktualistischen“ Zeitdiagnosen sucht die Tagung daher auch (ideen-)geschichtlich die ordnungspolitischen Chancen und Risiken demokratischer (De-)Stabilisierungen politischer Regime in den Blick zu nehmen.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich eine Reihe von **Leitfragen**, die dazu genutzt werden können, aus politiktheoretisch-normativer wie ideenhistorischer Perspektive vielfältige Stabilitätsvorstellungen, Destabilisierungswarnungen und Restabilisierungsvorschläge sowohl in konkreten politischen Konstellationen als auch auf der Ebene abstrahierender Theoriebildung zu diskutieren:

- Auf welche Ideen, Denktraditionen und Bilder von Stabilität berufen sich TheoretikerInnen und AkteurInnen in unterschiedlichen Konstellationen? Welche Aspekte politischer Ordnung werden dabei mit der Stabilitätssemantik jeweils thematisiert bzw. kritisiert, etwa solche der Dauerhaftigkeit (z. B. von Verfassung und Institutionen), der inneren und äußeren Sicherheit, der Vermeidung bzw. Einhegung politischer Konflikte oder der Bewahrung bzw. Infragestellung politischer Identitäten?
- Welche Dynamiken und AkteurInnen werden als Stabilitätshindernisse oder Destabilisierungsursachen und -auslöser identifiziert – und wann erscheint diese Destabilisierung problematisch bzw. bedrohlich, wann hingegen gerade wünschenswert, etwa im Sinne einer demokratischen Kritik-, Innovations- und Risikobereitschaft? Wie wird hierbei das Spannungsverhältnis zwischen Stabilität und anderen, zentral demokratischen Werten wie Freiheit und Gleichheit konzeptionell erfasst, und inwiefern lassen sich somit Stabilität und Demokratie theoretisch und politikpraktisch miteinander versöhnen oder gegeneinander ausspielen?
- Welche Gegenmittel gegen den Verlust von Stabilität werden mit welchen Begründungen jeweils ins Spiel gebracht – bzw. gerade politisch und rhetorisch bekämpft? Wie werden Risiken von Stabilisierungsversuchen ihrerseits reflektiert, und wann erscheint gerade eine kurz- und mittelfristige Destabilisierung, etwa in demokratischen Konstellationen, langfristig sogar erstrebenswert und womöglich stabilisierend?

Diesen Leitfragen entsprechend können die unterschiedlichsten Stabilitätsideen, Destabilisierungswarnungen und Stabilitätspolitiken verhandelt werden, wobei insbesondere folgende sechs **Themenbereiche** interessant erscheinen:

1. An der Schnittstelle von Ideengeschichte und Demokratietheorie kann das *Spannungsverhältnis von Stabilität und Demokratie* diskutiert werden. Gerade im Vergleich zu den Stabilisierungsversprechen autoritärer Regime wären hier die Stabilitätsleistung wie auch die Stabilitätsbedingungen demokratischer Politik grundsätzlich zu prüfen.
2. Zweitens soll die Figur der *wehrhaften Demokratie* erörtert werden. Hier kann unter anderem Bezug genommen werden auf die im 20. Jahrhundert prägenden, oft institutionell-verfassungsrechtlichen Antworten, die

antidemokratische oder auch populistische Gefährdungen erfuhren, – wie auf deren Anwendbarkeit angesichts neuer Destabilisierungstendenzen in etablierten Demokratien.

3. Die Stabilitätsproblematik kann drittens im Zusammenhang *liberaler und republikanischer Ordnungsmodelle* politiktheoretisch und ideengeschichtlich verortet werden. Geprüft werden können hier zentrale, aber umkämpfte Konzepte und Argumente seitens VertreterInnen des Republikanismus und des Liberalismus wie Stabilität, Wandel, Verfall und Aufstieg oder Bewahrung und Fortschritt. Ein Schwerpunkt kann insbesondere auf der Rolle von Autoritätskonzeptionen oder Vorstellungen einer Integrationsleistung von Eliten liegen.
4. Ein vierter Themenbereich stellt die *Metaphern, Bilder und Symbole* der Stabilität in den Mittelpunkt. Stabilitätsmetaphern in der politischen Rhetorik können hier ebenso diskutiert werden wie architektonische Verbildlichungen der Stabilität oder mediale und symbolische Strategien zur Einhegung von Stabilitätsgefahren. Aktuell erscheint insbesondere die Frage, ob und inwiefern Transparenz als demokratische Norm stabilisieren und lähmende Machtkonzentration zähmen soll.
5. Ein fünfter Themenbereich umfasst das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus, indem er nach der *ökonomischen Stabilisierung von Demokratie* fragt. Stabilitätspolitische Überlegungen betreffen hier vor allem die sozioökonomischen Bedingungen politischer Ordnung. Das schließt das Problem ein, ob und inwiefern die Demokratie durch kurz- und mittelfristig wirkende – bzw. behauptete – Stabilisierungs-Sachzwänge langfristig destabilisiert wird.
6. Sechstens können in *inter- und transnationaler Perspektive* die außenpolitischen Gefährdungsszenarien thematisiert werden, die in das Denken über politische und insbesondere demokratische Stabilität eingehen. Mögliche Themenfelder erstrecken sich hier von Strategien bewusster Destabilisierung etwa durch den globalen Terrorismus über die Auswirkungen transnationaler Migration auf die Stabilität von Staaten und auch Europas bis hin zu dem grenzüberschreitenden Machtanspruch neo- und quasiimperialer Akteure, der als Destabilisierung des internationalen Gefüges, aber auch als demokratiegefährdende Stabilisierung von Machtverhältnissen in Großregionen gedeutet werden kann.

Beiträge vor allem zu diesen Themenbereichen, aber auch zu vergleichbaren, damit zusammenhängenden politiktheoretischen und ideengeschichtlichen Fragen politischer (In-)Stabilität und (De-)Stabilisierung sind sehr herzlich willkommen. Ein Tagungsband ist geplant. Vorschläge von ein bis zwei Seiten wie auch etwaige Nachfragen werden erbeten bis zum **28. Februar 2017** an: evahausteiner@uni-bonn.de